Abendausgabe

Nr. 465 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 230

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend
2. Oktober 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Neue Verhaftungen in Germersheim.

Uebereifer des französischen Staatsanwalts.

Landau, 2. Oktober. (Mtb.) Außer dem gestern von den Franzosen verhafteten Richard Holzmann, bekanntlich das erste Opfer der Zwischenfälle in der letzten Montagnacht in Germersheim, sind gestern abend auf Anordnung der französischen Staatsanwaltschaft noch zwei der gestern vernommenen jungen Leute aus Germersheim festgenommen worden.

•

Man muß in Frankreich begreifen, daß es sich in Germersheim nicht um eine juristische, sondern um eine politische Angelegenheit handelt. Bei Konflikten zwischen französischem Militär und deutschem Zivil wird sich so ziemlich ganz Deutschland auf der einen Seite zusammenfinden, die einen, weil sie gegen die Franzosen, die anderen, weil sie gegen das Militär sind. Ein Umschwung der öffentlichen Meinung in Deutschland könnte erst eintreten, wenn der klare unzweideutige Beweis dafür erbracht werden könnte, daß es in Deutschland Stellen gibt, die darauf ausgehen, Zwischenfälle wie den von Germersheim planmäßig zu provozieren.

Die französische Presse vertritt diese These, die ja auch durch die plumpe Reklame des „Völkischen Beobachters" in München eine Stütze erhalten hat, aber eine These ist noch kein Beweis. Ebensowenig ist bewiesen, daß der Leutnant Roucier in wirklicher Notwehr gehandelt hat. Er ist aus dieser Affäre unverletzt hervorgegangen, während sie auf deutscher Seite einen Toten und zwei Verletzte zur Folge hatte. Es ist nicht bewiesen, daß die Deutschen bewaffnet waren oder daß sie den Franzosen in gefährlicher Weise bedrohten.

Das französische Vorgehen hat also für uns einen starken Beigeschmack von Militarismus von der Art, wie wir sie aus ähnlichen Fällen der alten preußischen Zeit kennen. Verschärft wird der Konflikt aber dadurch, daß es sich hier um Angehörige zwei verschiedener Nationen handelt.

Schon erhebt sich in einem Teil der deutschen Presse aus diesem Anlaß eine geradezu schamlose Hetze gegen alles, was französisch ist. Gegen diese Hetze, deren offenbares Ziel es ist, die deutsch-französische Verständigung wieder zu zerschlagen, kann gar nicht scharf genug protestiert werden. Für jeden ruhig Denkenden ist der Fall von Germersheim ein Beweis mehr für die Notwendigkeit der Verständigung, deren Ergebnis die Räumung des besetzten Gebietes sein muß. Durch Vorfälle wie die von Germersheim und ihre agitatorische Ausnützung wird aber die Befreiung der leidenden Bevölkerung von dem Joch der fremden Besatzung nicht erleichtert, sondern erschwert.

Pilsudskis Schwierigkeiten.

Widerstände bei den Sozialisten.

Warschau, 2. Oktober. (WTB.) Die Schwierigkeiten, denen Marschall Pilsudski bei der Kabinettsbildung begegnet, konnten gestern abend noch nicht aus dem Wege geräumt werden. Sie bestehen vor allem darin, daß der Marschall seinen Freund, den (sozialdemokratischen) Sejmabgeordneten Moraczewski, in die Regierung berufen will, ein Gedanke, der angesichts der weiteren Konzessionen Pilsudskis, konservative Monarchisten aus dem Wilnaer Gebiet für die Mitarbeit zu gewinnen, auf Schwierigkeiten stößt. Heute vormittag wird der Vollzugsausschuß der sozialdemokratischen Partei zusammentreten, um zur Kandidatur Moraczewskis Stellung zu nehmen. Allenfalls rechnet man mit der Möglichkeit einer Mandatsniederlegung Moraczewskis, da eine offizielle Teilnahme der Sozialisten am Kabinett kaum in Betracht kommt. Dafür spricht auch der ausgesprochen unfreundliche Empfang, der der Regierung Pilsudski heute morgen im sozialdemokratischen Organ „Robotnik" zuteil wird. „Robotnik" sagt, daß aus einer nebelhaften Krise eine neue aufsteige, die sich in mancher Beziehung schlimmer auswirken könne als ihre Vorgängerin.

Das Blatt fordert eine ausgesprochene Linksregierung mit klarem Sanierungsprogramm, Landtagsauflösung und Neuwahlen. Das Blatt des Marschalls Pilsudski „Glos Prawdy" ist hocherfreut, daß sich nunmehr „der Kommandant an das Steuer stellt". Die Blätter der Rechten sind aus anderen Gründen mit der letzten Wendung nicht unzufrieden. Sie begrüßen die Betrauung Pilsudskis, weil diejenigen Persönlichkeiten nunmehr die Verantwortung für die Vorgänge in Polen übernähmen, die während der traurigen Maiereignisse mit der Waffe in der Faust die Macht übernommen hätten.

Das Kabinett fertig — mit Moraczewski?

Die „Telegraphen-Union" verbreitet kurz vor Redaktionsschluß eine Meldung, wonach Pilsudskis Ministerliste fertig sei, und zwar unter Einschluß des bisherigen sozialistischen Abgeordneten Moraczewski, der Minister für öffentliche Arbeiten geworden sein soll. Bartel ist Vizepräsident und Unterrichtsminister geworden. Zaleski ist Außenminister geblieben.

Warum deutsch-französische Annäherung?

Bemerkenswerte Begründung durch den „Matin".

Paris, 2. Oktober. (WTB.) Der Außenpolitiker des „Matin" (Saverwein) veröffentlicht heute einen Artikel, in dem er sagt, der mehr oder weniger vollkommene Verzicht auf die Rheinlandbesetzung und auf die Ausbeutung des Saargebiets gegen die mehr oder weniger ausgedehnte Mobilisierung von Eisenbahnobligationen sei vielleicht nicht gerechtfertigt. Wenn man den Vergleich ziehe zwischen Opfer und Leistung, sei es schwierig, eine Aenderung der französischen Politik zu rechtfertigen. Deshalb müsse man weitergehen und den Mut haben, auf folgendes hinzuweisen:

1. Die französisch-englische Entente hat nicht die günstigen Ergebnisse gehabt, die man erwartete. Zwei Mächte zeigten sich unfähig, ihre Ansichten miteinander in Einklang zu bringen. Daraus ergibt sich eine große Beunruhigung für alle Nationen, für die diese Verständigung die einzige Richtlinie ihrer eigenen Politik war.

2. Inzwischen ist Deutschland als Schuldner Gegenstand der allgemeinen Fürsorge geworden und hat sich wirtschaftlich und finanziell wiedererholt. Nichts kann verhindern, daß es eine Rolle an der Seite Frankreichs und Englands spielt.

3. Die Politik, in allen Teilen Europas eine ständige Wache **gegen Deutschland** zu errichten, ist heute nicht mehr möglich, um so weniger, als Frankreich finanziell geschwächt, Italien und Rußland beunruhigt sind.

4. Die wirtschaftliche Annäherung zwischen den beiden Ländern, die der Natur der Dinge entspricht, hat begonnen und wird wahrscheinlich ausgezeichnete Ergebnisse haben.

5. Es ist nur möglich, das Problem der internationalen Schulden in Gemeinschaft mit dem Problem der Reparationen, d. h. durch eine gemeinsame Aktion von Frankreich und Deutschland, zu regeln.

Das sind nach Ansicht des Außenpolitikers des „Matin" genügend Gründe für einen Staatsmann, die Annäherung und die vorzeitige Räumung, die die Folge davon sei, zu rechtfertigen.

Chamberlain-Mussolini.

England versichert, man habe nichts abgemacht.

Paris, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Briand empfing am Freitag spät abends den englischen Botschafter in Paris, der ihm erklärte, daß bei der Zusammenkunft Chamberlain-Mussolini keinerlei Sonderabkommen zwischen Italien und England ins Auge gefaßt worden seien.

Wie der „Petit Parisien" zu wissen glaubt, soll bei dieser Besprechung auch die Frage der Kolonialmandate und der Neuverteilung der ehemaligen deutschen Kolonien erörtert worden sein und Mussolini dabei die Absicht ausgesprochen haben, wenn Deutschland Ansprüche auf Kolonialmandate aufstelle und die Rückgabe seiner alten Kolonien verlange, unter Geltendmachung der älteren Rechte Italiens den deutschen Forderungen sich zu widersetzen.

Beneschs Ministerschaft.

Von den Deutschen abhängig.

Prag, 2. Oktober. (TU.) Das sozialdemokratische „Pravo Lidu" (Volksrecht) schreibt: Die Faschisten, katholischen Volksparteiler, Nationaldemokraten und tschechischen Agrarier verlangen die Beseitigung Dr. Beneschs. Der gewesene und kommende Ministerpräsident Svehla bringt Dr. Benesch nur geringe Sympathien entgegen. Die genannten Parteien rechnen daher damit, angesichts dieser Sachlage Dr. Benesch entfernen zu können. Die Entscheidung dabei haben also jene deutschen Parteien, die seit der Zollerhöhung mit den tschechischen bürgerlichen Parteien die Mehrheit gebildet haben. Das Blatt hält es für fraglich, daß sich die Deutschen zu Beneschs Sturz bereit zeigen würden.

Es ist schon bekannt, daß Benesch den Plan verfolgt, die Deutschen mit in die Regierung hineinzubekommen. Die tschechischen Agrarier und Klerikalen dürften damit einverstanden sein, die Nationaldemokraten keinesfalls. Das Zustandekommen einer solchen Regierung ist nicht unwahrscheinlich. Leicht würde es ihr nicht fallen, sich am Ruder zu halten, denn die Sozialdemokraten beider Nationen, die selbstverständlich jeden Fortschritt der Völkerverständigung begrüßen, würden in dieser Koalition vor allem wahrscheinlich die Gemeinsamkeit des agrarischen, klerikalen und bourgeoisen Interesses sehen.

Benesch hat übrigens einen längeren Erholungsurlaub angetreten.

Auch Charlotte Spruch geständig.

Der gesamte Raub wieder herbeigeschafft.

Im Laufe des Vormittags legte auch die Schwester des Juwelenräubers Spruch ein Geständnis ab. Sie führte die Kriminalbeamten nach dem Grunewald, wo unter einem schweren Stein vergraben, auch hier wieder in ein Weckglas gelegt, tatsächlich der Rest der Kostbarkeiten gefunden wurde. Die ganze Beute ist jetzt also wieder herbeigeschafft.

Eine Statistik des Grauens.

Jährlich tausend Jahre unschuldig erlittener Untersuchungshaft!

Von Dr. Siegfried Weinberg, Mitglied des Staatsrats.

„Opfer fallen hier,
Weder Lamm noch Stier,
Aber Menschenopfer unerhört!"

Als die in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts eingesetzte Kommission zur Reformierung des Strafprozesses beantragte, das Reichsjustizamt möge Erhebungen über die Anwendung der Untersuchungshaft veranlassen — ein Antrag, der übrigens von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits im Jahre 1890 gestellt war — stellte ein unvorsichtiger Vertreter des Reichsjustizamts zunächst die Erfüllung dieses Wunsches in Aussicht. Einig Monate später mußte er jedoch mitteilen, daß dem Verlangen der Kommission nicht stattgegeben werden könne, weil der preußische Justizminister Schönstedt üblen Angedenkens „Bedenken trage, derartige Erhebungen anzustellen". Demgegenüber muß es immerhin als ein Fortschritt anerkannt werden, daß das preußische Justizministerium vor kurzem einem entsprechenden Antrage des Landtags stattgegeben und dem Hauptausschuß des Landtags eine Uebersicht über die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1925 beendeten Fälle der Untersuchungshaft bei den preußischen Gerichten vorgelegt hat. Hierdurch ist zum ersten Male Gelegenheit gegeben, die grauenhaften Wirkungen der gegenwärtigen Regelung der Untersuchungshaft auch statistisch zu erfassen. Die Statistik ist die beste Begründung für den vor mehr als Jahresfrist von unserer Reichstagsfraktion eingebrachten Antrag auf Abänderung der auf die Untersuchungshaft bezüglichen Bestimmungen der Strafprozeßordnung.

Aus dieser Statistik ergibt sich zunächst die Tatsache, daß allein bei den preußischen Gerichten in einem einzigen halben Jahre 20 533 Fälle von Untersuchungshaft vorgekommen sind. Rechnen wir diese Zahl unter Berücksichtigung der Ergebnisse der letzten Volkszählung auf das Reich um und berücksichtigen wir außerdem die vom Reichsgericht und vom Staatsgerichtshof erlassenen Haftbefehle, so kommen wir auf die Zahl von fast 35 000 Untersuchungshaftfällen für ein halbes Jahr oder von 70 000 Fällen von Untersuchungshaft für ein ganzes Jahr, eine Zahl, welche die schlimmsten Erwartungen übertrifft. Die polizeilichen Festnahmen sind in dieser Zahl nicht eingerechnet.

Aus der amtlichen Statistik ergibt sich, daß die Anwendung der Untersuchungshaft in den einzelnen Landesteilen völlig verschieden ist. Während im Durchschnitt Preußens die Untersuchungshaft in 2,6 Proz. aller Strafsachen einschließlich derjenigen wegen geringfügiger Uebertretungen zur Anwendung gebracht ist, und während diese Zahl im Oberlandesgerichtsbezirk Königsberg 1,6 Proz. und im Oberlandesgerichtsbezirk Kassel 1,7 Proz. aller Fälle betrug, steigerte sie sich im Bezirke des Oberlandesgerichts Kiel auf 3,5 Proz. und in demjenigen des Oberlandesgerichts Celle sogar auf 4,4 Proz. aller Straffälle einschließlich der Bagatellsachen. Es geht hieraus hervor, daß die hannoverschen Richter die Untersuchungshaft fast dreimal so häufig verhängen, als die ostpreußischen. Da keine Gründe ersichtlich sind, aus denen die hannoverschen Angeklagten fluchtverdächtiger sein sollten als die ostpreußischen — nach der Statistik bildet Fluchtverdacht in fast 99 Proz. aller Fälle den Haftbefehl — wird durch diese Zahlen bewiesen, daß die Anwendung dieser so tief einschneidenden Maßnahme eine ganz willkürliche ist. Gesetze, die eine derartige Willkür zulassen, bedürfen dringend der Abänderung.

Ist die Untersuchungshaft schon gegenüber dem schuldigen Angeklagten eine große Härte, so ist sie ein nicht wieder gutzumachendes Uebel gegenüber dem Unschuldigen. Erschreckend sind die Zahlen der Statistik des preußischen Justizministeriums, aus denen sich ergibt, wie oft die Untersuchungshaft gegen völlig unschuldige Beschuldigte verhängt ist. Von den durch die vorgelegte Statistik ausgewiesenen Fällen der Untersuchungshaft entfallen 14 330 auf Strafverfolgungen wegen Verbrechen und Vergehen. Hiervon sind 517 von der Staatsanwaltschaft und 616 vom Gericht eingestellt worden, ohne daß es überhaupt zu einem Urteil gekommen ist. Hier hat sich also die Unschuld der Verhafteten bereits im Vorverfahren ergeben. Durch rechtskräftiges Urteil sind weitere 650 Untersuchungsgefangene freigesprochen worden. Es ergibt sich also die erschütternde Tatsache, daß in Preußen in einem einzigen halben Jahre 1783 — d. i. ein volles Achtel aller Haftfälle — wegen angeblicher Verbrechen und Vergehen in Untersuchungshaft genommen sind, denen schließlich überhaupt keine strafbare Handlung nachzuweisen war. Auf die Dauer eines Kalenderjahres und für den Bereich ganz Deutschlands umgerechnet, entspricht dies einer Zahl von 5000 unschuldig Inhaftierten. Dabei sind in dieser Zahl die wegen Uebertretung in Untersuchungshaft Genommenen, unter denen sich gleichfalls eine Anzahl Unschuldiger befinden, nicht eingerechnet.

Wieviel Lebensjahre hierdurch völlig unschuldigen Personen geraubt sind, läßt sich nicht genau berechnen. Die Statistik des preußischen Justizministeriums macht jedoch einige Angaben, aus denen sich diese Zahl ungefähr errechnen läßt. Sie teilt die Fälle der Untersuchungshaft in vier Kategorien, nämlich in solche von einer Dauer bis zu zwei Wochen, von mehr als zwei bis vier Wochen, von mehr als vier Wochen bis zu drei Monaten und schließlich von mehr als drei Mona-

ten. Um die ungefähre Gesamtdauer berechnen zu können, müssen wir für jede Kategorie eine Durchschnittszahl einsetzen, und zwar von einer Woche, drei Wochen, zwei Monaten und sechs Monaten. Die letzte Zahl dürfte erheblich unter der Wirklichkeit zurückbleiben, da Fälle, in denen die Untersuchungshaft sogar länger als ein Jahr gedauert hat, keine Seltenheit sind. Unter Zugrundelegung dieser Durchschnittszahlen kommen wir zu dem Ergebnis, daß allein in Preußen in einem einzigen halben Jahre von Personen, die zu Unrecht eines Verbrechens oder eines Vergehens angeschuldigt sind, 250 Jahre Untersuchungshaft schuldlos verbüßt sind. Auf ein ganzes Jahr und auf das Gebiet des gesamten Deutschland umgerechnet ergibt dies eine Gesamtzahl von etwa 830 Jahren und unter Hinzurechnung der Uebertretungsfälle, in denen die Untersuchungshaft über schuldlose Personen verhängt ist, eine solche von etwa 900 Jahren. Es haben also in Deutschland im Jahre 1925 mehr als 5000 Menschen 900 Jahre ihres Lebens in Untersuchungshaft schmachten müssen, ohne daß ihnen überhaupt eine strafbare Handlung zur Last fiel. Eine fürchterliche und für jeden Freund der Gerechtigkeit geradezu unerträgliche Zahl!

Dabei ist im vorstehenden Zahlen das Sündenkonto der Untersuchungshaft noch nicht voll erschöpft. Bei einer erheblichen Anzahl von Untersuchungsgefangenen war die erkannte Strafe geringer als die verbüßte Untersuchungshaft. Andere Untersuchungsgefangene sind überhaupt nur zu Geldstrafe verurteilt worden. Auch diese sind in vorstehender Zahl nicht mitgezählt. Wir könen also ohne Uebertreibung sagen, daß in Deutschland jährlich 1000 Jahre Untersuchungshaft unschuldig verbüßt werden. Die Erkenntnis, daß eine gesetzliche Regelung, die derartige Zustände ermöglicht, unhaltbar ist und schleunigst der Aenderung bedarf, ist zum Gemeingut aller vorurteilslosen Kenner unserer Strafrechtspflege geworden. Unsere Fraktion hat, wie erwähnt, bereits am 27. Juli 1925 im Reichstag einen Antrag eingebracht, der eine grundlegende Aenderung des neunten Abschnitts des ersten Buches unserer Strafprozeßordnung, der von der Untersuchungshaft handelt, verlangt. Den wesentlichen Inhalt dieser Gesetzesvorschläge haben sich sowohl der Deutsche Anwaltverein, wie der Gesetzgebungsausschuß des Hamburger Anwaltsvereins in besonderen Gesetzentwürfen zu eigen gemacht.

Bei der gegenwärtigen Handhabung der Untersuchungshaft ist eine sorgfältige Prüfung der Haftbefehle schon technisch nicht möglich. Ist doch bereits vor Jahren festgestellt, daß z. B. in Berlin ein einziger Amtsrichter jährlich etwa 5000 Haftbefehle wegen Verbrechen und Vergehen verfügt hat.

Die Kautelen, die unser gegenwärtiges Gesetz gegen ungerechtfertigte Verhängung von Untersuchungshaft gewährt, sind völlig unzureichend. In fast 99 Proz. aller Fälle wird der Haftbefehl mit angeblichem Fluchtverdacht gerechtfertigt. Dieser Fluchtverdacht bedarf nach der gegenwärtigen gesetzlichen Regelung bei den wegen schwerer Straftaten Angeschuldigten, sowie bei Ausländern, Heimatlosen und Landstreichern überhaupt keiner weiteren Begründung. Aber auch in den Fällen, in denen eine Begründung des Fluchtverdachts erfolgt, wird in der Praxis außerordentlich leichtfertig verfahren. Ist der Angeschuldigte vermögenslos, so begründet dies den Fluchtverdacht, da er ja durch keinerlei Vermögensinteressen in Deutschland zurückgehalten werden. Ist er aber in der glücklichen Lage, Vermögen zu besitzen, so wird angenommen, daß ihm hierdurch die Möglichkeit, in das Ausland zu entkommen, erleichtert werde. Mit Recht verlangt deshalb unsere Fraktion im Einklang mit einem bereits im Jahre 1896 von unseren Genossen Stadthagen und Frohme im Reichstag gestellten Antrage eine Gesetzesänderung dahin, daß bestimmte Tatsachen vorliegen müssen, welche den Fluchtverdacht begründen.

Ein weiterer Grund für die Verhängung der Untersuchungshaft ist die sogenannte Verdunklungsgefahr. Auch hier verlangt der Antrag unserer Genossen mit Recht, daß der Angeschuldigte, um die Untersuchungshaft zu rechtfertigen, bereits Verdunklungsversuche unternommen haben muß.

Gegenwärtig schmachtet der Untersuchungsgefangene in der Haft, ohne daß ihm überhaupt die Verdachtsgründe gegen ihn bekanntgegeben werden, und ohne daß ihm die Möglichkeit einer mündlichen Verhandlung über die Fortdauer der Untersuchungshaft eröffnet ist. Es ist deshalb zu begrüßen und entspricht der Auffassung aller einsichtigen Kriminalisten, daß der Antrag unserer Genossen verlangt, daß über die Fortdauer des Haftbefehls unter Zuziehung des Angeschuldigten und eines ihm zu stellenden Verteidigers zu verhandeln ist. Nur so ist der Angeschuldigte in der Lage, das gegen ihn vorliegende Verdachtsmaterial kennen zu lernen und zu entkräften. Hat die Untersuchungshaft zwei Monate gedauert, so ist nach dem Vorschlage unserer Fraktion erneut über die Fortdauer der Untersuchungshaft auf Grund mündlicher Verhandlung zu entscheiden.

Die Bestimmung unserer Strafprozeßordnung, nach der dem Untersuchungsgefangenen nur solche Beschränkungen auferlegt werden dürfen, welche zur Sicherung des Zwecks der Haft oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Gefängnis erforderlich sind, steht in der Praxis völlig auf dem Papier. Auch hier sieht der Antrag unserer Partei Abhilfe vor, indem er dem Untersuchungsgefangenen eigene Kleidung, Lagerung, Beköstigung, Beleuchtung und Bequemlichkeit, sowie die Anschaffung von Büchern, Zeitungen und Schriften und Erleichterung des Briefverkehrs sichert.

Die Unerträglichkeit der gegenwärtigen Regelung der Untersuchungshaft wird noch durch die Unvollkommenheit des Gesetzes über die Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft gesteigert. Nur in seltenen Ausnahmefällen wird gegenwärtig den freigesprochenen oder außer Verfolgung gesetzten Untersuchungsgefangenen eine derartige Entschädigung zugebilligt, und auch dann meist in unzureichender Höhe. Eine Aenderung ist dringend geboten, wobei natürlich nicht verkannt werden darf, daß die Qualen der Untersuchungshaft auch durch die größte Entschädigung nicht gutgemacht werden können.

Wenn die Statistik des preußischen Justizministeriums dazu beiträgt, die Reform der Untersuchungshaft zu beschleunigen, so hat sich die Mühe, die auf sie verwendet wurde, reichlich bezahlt gemacht.

Der Parteitag der Volkspartei.

Stresemann über die Verständigungspolitik. — Gegen die Etappenpolitiker.

Köln, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag um 10 Uhr wurde im großen Saale des Gürzenich der Parteitag der Deutschen Volkspartei eröffnet. Außenminister Dr. Stresemann als Parteivorsitzender begrüßte in kurzen Worten die Erschienenen, besonders Geheimrat Kahl, der einstimmig von den Delegierten zum Leiter des Parteitages gewählt wurde. Kahl nahm dann in kurzen Worten Stellung zu der Befreiung der ersten Zone, zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, den er begrüßte, weil Deutschland nun vor der ganzen Welt offiziell seine berechtigten Forderungen vertreten könne. Dann begrüßte Kahl den Außenminister Stresemann unter stürmischem Beifall der Delegierten als den Führer des deutschen Volkes. Seit drei Jahren stehe Stresemann in heftigem Kampf um eine vernunftgemäße Außenpolitik. Sein Weg sei schwer und mühevoll gewesen. Er habe nun festzustellen, daß dieser Weg der einzig richtige und einzig erfolgreiche gewesen sei.

Geheimrat Kahl begrüßte dann die fremden Gäste des Parteitages mit den Worten: Deutschland, Deutschland über alles, die er nicht in dem entstellten Sinne aufgefaßt wissen wolle, sondern lediglich als einen Ausdruck der Treue zu den abgetrennten Landesteilen und den Deutschen in Uebersee. Kahl gedachte des 79. Geburtstages Hindenburgs, an den man eine Depesche absenden will.

Als Vorsitzender des Wahlkreisverbandes Köln-Aachen begrüßte Rechtsanwalt Bockhahn-Köln den Parteitag. Dann nahm, stürmisch begrüßt, Dr. Stresemann das Wort zu seinem Referat über die politische Lage.

Stresemanns Referat.

Zwischen dem Parteitag, den wir vor zwei Jahren in Dortmund abhielten, und dem heutigen Zusammensein der gesamten Partei liegt eine große Spanne innen- und außenpolitischer Entwicklung. Noch immer ist dabei die Außenpolitik die vorherrschende. Sie bestimmt unser politisches und soziales und unser wirtschaftliches Sein in erster Linie. Lassen Sie mich daher von dieser Entwicklung zuerst sprechen. Die Deutsche Volkspartei hat jahrelang unter der Außenpolitik gelitten. Ich glaube und kann sagen, es gibt nicht die Außenpolitik der Partei, sondern nur eine deutsche Außenpolitik. In diesem Sinne ist sich die große Mehrheit des deutschen Volkes über diese Außenpolitik durchaus einig. Ihre Methode ist umstritten. Ob sie richtig ist, wird an ihren Erfolgen zu messen sein.

Aber lassen Sie uns gleichzeitig die Frage vorlegen, welche Erfolge kann man dann von einer solchen Außenpolitik heute erwarten. Niemand kann irgendwie Himmelstürmendes tatsächlich erstreben und erreichen wollen. Was wir als Erfolg ansehen müssen, kann in der Lage, in der wir uns bis zur Stunde befinden, nur Befreiung von drückendsten Fesseln sein, die auf uns lasten. Aber auf diesem Gebiete ist es vorwärts gegangen. Wie lange haben wir versucht, in den ersten Jahren nach dem Niederbruch überhaupt nur dahin zu kommen, einmal den deutschen Standpunkt vor einer Konferenz vertreten zu können, anstatt nur ultimative Drohungen und Befehle von der anderen Seite entgegenzunehmen. Wie wenig lange ist es her, daß, als die Konferenzidee sich durchsetzte, der Mahnruf ertönte: Ihr dürft als Gleichberechtigte mit den anderen verhandeln. Erst langsam ist das Terrain besser geworden. **Und glauben Sie mir, der Kampf im Schützengraben wird nicht gestärkt durch das große Wort der Etappe.** (Lebhafte Zustimmung.)

Es war die Tragik jedes Außenministers des neuen Deutschland, daß er zwischen der Diskrepanz der deutschen Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Machtlosigkeit der Gegenwart stand. Dazu kommt, daß es auch in der Nachkriegszeit nicht ohne neue Erschütterung und neue Verluste abging. Ausdrücklich verlangte Dr. Stresemann dann Achtung für diejenigen Staatsmänner, die nach dem Zusammenbruch der Ruhraktion die Verantwortung übernommen und damit eine neue Zeit eingeleitet hatten. Alle Außenminister europäischer Staaten liegen heute mit den Ewig-Gestrigen im Kampf und derjenige, der sich das Blickfeld freigehalten, weiß, daß er heute **mit neuen Mitteln und ohne Illusionen** arbeiten muß. Auf dem Wege von Locarno nach Genf und Thoiry sei die Souveränität Deutschlands über das gesamte Rheinland wieder errungen worden. Stresemann verbreitete sich dann über die Genfer Tagung. Eine Torheit wäre es, das große übernationale Forum in Genf zu verkennen. Die internationalen Beziehungen bedürften neuer Formen. Diese kann ihnen nur der Völkerbund geben.

In Locarno und Genf ist für uns die Grundlage geschaffen worden, die eine Bereinigung der zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Kriegsgegnern schwebenden Probleme ermöglicht. Deshalb komme ich zu dem viel erörterten Thema einer **deutsch-französischen Verständigung.** Ich glaube, daß die Tatsache nicht zu bestreiten ist, daß die deutsch-französische Verständigung der Kernpunkt jeder europäischen Verständigung und Befriedung ist und bleibt. Diese Frage ist keine theoretische, sondern sie ist das Kernproblem zukünftiger Entwicklung, ohne daß heute jemand zu sagen vermag, ob in dieser Entwicklung die Völker dem Wunsch und dem Willen ihrer Staatsmänner folgen. **Ich glaube an den ehrlichen Verständigungswillen des Herrn französischen Außenministers.“**

Zum Bürgermeister von Budapest wurde in der Stichwahl der Horthyaner Sipocz gewählt. Er erhielt 166 Stimmen, während auf Stephan Barczy, den Kandidaten der Demokraten und Sozialdemokraten, 135 Stimmen entfielen. Ein großer Teil der „Stadtvertreter“ sind von der Regierung ernannt!

Ein tschechisches Seelendrama.

Das wußten wir gleich im Beginn des gestrigen Abends im Deutschen Theater: im Drama „Peripherie“ spricht ein Meister des Wortes. Der Tscheche Frantisek Langer ist ein Dichter. Da tritt, wenn der letzte Gongschlag verklungen ist, ein Herr vor den Vorhang und erzählt, wie es aussieht draußen am Rande des großen Häusermeeres, an der Peripherie der Stadt. Wie es da trostlos ist und ohne Wärme. Er erzählt uns gar nichts Neues. Aber wie er zu uns spricht, das nimmt uns gefangen. Er malt mit der Sprache, die Worte bauen in uns Eindrücke auf. Tote Dinge werden lebendig. Wir sehen die Vorstadt in ihrer Verlassenheit und Oede. Und dann geht der Vorhang hoch und wir blicken in das Innere der kalten Mietkaserne und in das Innere der armen Wesen, die da hausen. Sie haben auch ihre große Sehnsucht, z. B. der Franzi, der aus dem Gefängnis kommt und gleich am ersten Abend in seiner armseligen Wohnung die große Liebe findet, die Anschi, eine müde Dirne. Aber ihn liebt sie mit der Hingabe ihrer ganzen Seele. Ja, Glück muß man eben haben. Und wenn der Franzi einen Frack hätte und weiße Wäsche und Lackschuhe, die Welt würde er sich erobern. Eines Abends, wie er in die Stube tritt, sitzt ein Kavalier auf dem Schoß seiner Anschi. In der Wut schlägt er ihn tot. Und er hat weiter Glück. Es kommt nicht heraus, daß ihn einer umgebracht hat. Ja, er erbt sogar die Sachen des Toten. Nun hat er den Frack. Aber der Gedanke, getötet zu haben, läßt ihn nicht los. Er muß es sich von der Seele reden. Vielleicht aus Prahlerei. Wie schlau er alles angestellt hat und wie das Glück ihn begünstigt — oder aus Gewissensnot. Wer kann es wissen? Die Kameraden glauben ihm nicht, nicht einmal die Polizei, der er ein Geständnis ablegt. Es ist ohne Belang bei dieser Gegenständlichkeit und Kraft der Darstellung, die der Dichter aufbringt, daß er jetzt sein Problem von Schuld und Sühne überspitzt und nach Pirandellos Manier skurrile Gedankengänge übertüftelt. Franzi hat es sich in den Kopf gesetzt, abgeurteilt zu werden. Ketten muß er tragen. Er fahndet nach Gerechtigkeit. Weil ihm keiner den ersten Mord glaubt, begeht er einen zweiten. Seiner Anschi, die einzige, die seine Seelennot versteht, legt er seine Hände um ihren Hals.

Im Verlauf des Abends wurde man unsicher. Ist es das dichterische Wort, das uns packt, oder ist es die Inszenierung Max Reinhardts, die diese starken, bleibenden Eindrücke vermittelt. Im Deutschen Theater spielt wieder einmal ein Ensemble. Auch Nebenrollen sind mit ersten Schauspielern besetzt. Mit Homolka, mit Hörbiger, mit Gülstorff (einem prachtvollen verkommenen Idealisten), mit Kühne, mit Wallburg, der Anni Mewes und den mit eindringlicher Plastik sprechenden „Betrachter“ des Wladimir Sokoloff. Den Franzi gibt Hermann Thimig mit der Besessenheit eines reinen Toren. Er ist die Verkörperung einer gehetzten Seele, die alles gezwungen und plötzlich erscheinen läßt. Seine Sprache, sein Gefühl, sein Lachen und seine Angst. Er öffnet sein Inneres vor unseren Augen. Ein rührendes Bild weiblicher Hingabe zeichnete Franziska Kinz, die noch nie eine solche Tiefe des Gefühls aufgebracht hat.

Ernst Degener.

Hebräisches Theater Habima.

Das Hebräische Theater von Moskau, das jetzt im „Theater am Nollendorfplatz“ gastiert, gilt als russische Staatsinstitution. Es wurde ihm, bevor es zu uns kam, nachgerühmt, daß es die Selbstverleugnung und Verwandlungsfähigkeit des Schauspielers unendlich verfeinert und so ein erschütterndes Bild von dem merkwürdigen Aberglaubensdasein der russischen Judenheit zustande gebracht hätte.

Was wir jetzt sehen, ist wirklich die vollendete Erziehung. Die Natur wird geknickt, unterbrochen. Selbst der kleinste Statist ist äußerlich prachtvoll gedrillt. Das Ensemble wird als Heiligtum gehalten. Die Truppe duldet keine außerordentliche Persönlichkeit. Aber die Schauspieler, die so erzogen wurden, wirken heute wie geölte Menschenmaschinen auf der Bühne. Der Regisseur hat seinen ganzen Traum und seine tiefste Grübelei in Theaterwirklichkeit verwandelt. Dabei war dieser Regisseur gleichmäßig begabt mit der Kraft des Auges und mit der Kraft des Ohres. Wenn er Akustisches, das die Seele verraten soll, aus den einzelnen Künstler herausholen möchte, dann wird ihm allerdings der Erfolg versagt. Diese fabelhaft tanzenden russisch-jüdischen Schauspieler, diese herrlich im Chor räselnden und plärrenden Schriftgelehrten sind nur zu ertragen, wenn sie als Gesamtheit wirken. Eine wirklich hervorragende, große schauspielerische Individualität fehlt diesem Theater absolut. Die Künstler werden technisch gebändigt. Es herrscht die hohe Mechanik der Bewegungen und der Stimme.

Diese Erscheinung ist sehr merkwürdig an dieser hebräischen Theatertruppe. Sie arbeitet mit allen Mitteln auf den groben und primitiven Instinkt des Zuschauers hin. Sie befriedigt diesen Trieb ungeheuer geschickt, vielleicht sogar genial. Aber der Regisseur hat all seinen Künstlern die Seele gestohlen. Vielleicht gelang es ihm so leicht, weil keiner von den Leuten eine rechte Seele hatte. Auch diese russischen Juden verkünden, wie alle Theaterleute im heutigen Rußland, daß sie nur Theater machen wollen. Sie richten das Drama zugrunde, damit ihr Theater, das ein Gemisch von Kolportage, Zirkus und Varieté ist, zur Blüte gelangt. So ist dieses Theater im Grunde gemeingefährlich. Es ist dürftig trotz seiner Raffiniertheit. Darum, daß einem Judenmädchen der böse Geist („Dybuk“) ausgetrieben wird, handelt es sich in dem Stücke. Diese Teufelsaustreibung, die vorgenommen wird nach einem glänzend aufgeführten jüdischen Hochzeitstrubel, erfüllt alles Kino- und Kolportageverlangen des Theaterpublikums. Es ist ein Spuk für den Augenblick, der Männer zu Kindern und würdige Frauen zu abergläubischen Tanten macht.

Max Hochdorf.

Erstaufführungen der Woche. Sonnt. Staatstheater: „Die beste Polizei“. **Dienst.** Tribüne: „Die Bildente“. — Lessing-Th.: „Mensch und Uebermensch“. **Freit.** Kammerspiele: „Der fliegende Hut“. — Theater i. d. Kommandantenstr.: „Egmont“. **Sonnab.** Krollopet: „Die Liebe zu den drei Orangen“. — Lustspielhaus: „Herzogin von Elba“.

Neue Nasen. Dempsey hat bei seiner Begegnung mit Tunney nicht nur seine Weltmeisterschaft, sondern auch seine neue schöne Nase eingebüßt, die ihm schon beim Trainieren ziemlich beschädigt worden war. Dieser letztere Verlust wird aber rascher zu reparieren sein als der erstere, denn eine neue Nase ist heute recht leicht zu beschaffen; die moderne Gesichtsplastik leistet darin Erstaunliches. Wenn das Riechorgan infolge irgendeines Unglücksfalles oder einer Beschädigung ganz fehlt, so werden neue Nasen von Fleisch und Blut in jeder beliebigen Form rasch hergestellt, und wenn nur die Form der Nase geändert werden soll, so ist auch dazu der Chirurge imstande. Solche Operationen sind durchaus nicht so neuen Datums, wie man wohl annehmen möchte. Im sechzehnten Jahrhundert war ein Chirurgieprofessor der Universität Bologna, Tagliocozzi, wegen seiner Nasenüberpflanzungen berühmt, die nach ihm den Namen der „Talicotischen Operation“ erhielten. Diese Operation bestand in der Ueberpflanzung eines Stückes Fleisch und Haut vom Arm an die Stelle der fehlenden Nase. Das abgelöste Fleischstück, das noch am Arm hing, wurde auf die Ränder der Oeffnung aufgenäht, die von der fehlenden Nase gebildet wurde, und der Arm wurde dann an den Kopf gebunden, so daß er unbeweglich war. Wenn das Fleischstück in seiner neuen Lage festgewachsen war, wurde es behutsam vom Arm abgetrennt und in die richtige Form gebracht. Noch viel geschickter ist aber eine Methode der Nasenplastik, die von den Indern seit uralten Zeiten geübt wird. Bei dieser Operation wird ein dreieckiges Stück Fleisch und Haut, dessen Basis sich unter dem Haar befindet, aus der Stirn herausgenommen. Die Haut wird dann heruntergezogen, bis die Spitze die Nasenwurzel erreicht. Diese Spitze erhält den Zusammenhang mit dem Gewebe, aus dem das Stück herausgeschnitten ist und sichert seine Lebenskraft. Durch die Basis des Fleischstückes werden die Nüstern der neuen Nase gebildet, und sie erhalten durch Gummiröhren, die hineingesteckt werden, ihre neue Form. Die Narbe ist außerordentlich klein und kaum sichtbar. Wenn die Nase nicht ganz zerstört ist, sondern nur mißgestaltet oder eingesunken ist, dann kann ihr eine schönere Form durch Einspritzung von Parafin verliehen werden.

Ein Reichsinstitut für die Textilwirtschaft. Das Reichswirtschaftsministerium beabsichtigt eine Stiftung mit dem Sitz in Berlin ins Leben zu rufen, die der Förderung der deutschen Textilwirtschaft dienen soll. Die Arbeiten der Stiftung sollen hauptsächlich den Problemen der Wirtschaftlichkeit in der Produktion, der fachlichen Ausbildung des Nachwuchses und der technisch-wissenschaftlichen Forschung dienen. Für den Vorstand sind zunächst in Aussicht genommen Geheimrat Hagemann vom Reichswirtschaftsministerium und je drei Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Zum Verwaltungsrat sollen außerdem noch Vertreter der Bekleidungsindustrie und des Groß- und Einzelhandels zugezogen werden. Die wirtschaftliche Grundlage der Stiftung bilden die Kapitalien, die von der inzwischen aufgelösten Reichsstelle für Textilwirtschaft, einer Organisation für die Außenhandelskontrolle, hinterlassen worden sind: es handelt sich dabei um mehrere Millionen Mark.

Urania-Veranstaltungen. Täglich: „Die Hygiene der Ehe“. Täglich bis Donnerstag einschl.: „Die Schweiz“. Mittwoch (5): „Verjüngung“. Sonnabend (9): „Die Geschichte des Films“.

Das Duell Silverberg-Thyssen.

Die Düsseldorfer Wirtschaftstagung und ihre Lehre.

Aus Düsseldorf wird uns geschrieben:

54. Mitgliederversammlung der Organisation mit dem langen Namen: des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen". Die Düsseldorfer Tonhalle ist überfüllt mit einigen Hunderten von Industriellen und ihrer Wortführer. Alle erwarten ein großes forensisches Schauspiel: Dr. Silverberg, der seit der Dresdener Tagung des Reichsverbandes meistgenannte deutsche Industrielle, soll heute vor seinesgleichen als Beklagter erscheinen. Ehe die Versammlung beginnt, geht es schon unter den Eingeweihten von Mund zu Mund, wer dazu bestimmt worden sei, das ketzerische Kaninchen, das einen Abbau der bisherigen industriellen Kampffront gegenüber der Sozialdemokratie gefordert hatte, an den Ohren zu nehmen. Hat doch jene Dresdener Rede unter den deutschen Unternehmern, die als Hänse im innerpolitischen Glück ihre Besitztitel und ihre Vorurteile nicht gern preisgeben, eine heftige und unbequeme Unsicherheit erzeugt. Und darum wird heute in Düsseldorf die Szene sehr schnell zum Tribunal.

Sofort wagt sich der Vorsitzende, der Kommerzienrat Reusch aus Oberhausen, mitten ins Kampfgetümmel. Wohl stimmte er, eine schöne Geste, Silverberg zu, wenn dieser sagte, es könne in Deutschland nicht gegen und nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Aber diese Arbeiterschaft ist nach Reusch eben nicht die Sozialdemokratie; es sei nicht „angängig", eine einzelne Partei als Arbeiterpartei zu bezeichnen. Das ist überhaupt das Hauptargument der Gegner Silverbergs; daraus resultiert ihr Vorwurf, daß er „parteipolitisch" gesprochen habe. Gleich erhebt sich Silverberg zur Antwort. Er spricht mit leiser Ironie. Er redet den Widerspenstigen sanft zu, bleibt in den wesentlichsten Punkten bei seinen Anschauungen, versucht nur hin und wieder eine andere Interpretation. Noch deutlicher als in Dresden zeigt er aber auch, welche Bedingungen er „der Partei, die die größten Massen der Arbeiter hinter sich habe", stellen wolle, ehe sie der Ehre teilhaftig werden könne, von der „Wirtschaft" als regierungsfähig anerkannt zu werden. Sie muß:

1. Auf bestimmte Doktrinen verzichten und darf sie höchstens noch als „theoretische Lehrbuchmeinungen" behalten.

2. Jede Rücksicht auf die Straße unterlassen.

Dabei sagt Silverberg zur Bekräftigung, daß die Sozialdemokratie nicht die Kraft und die Fähigkeit habe, den Staat zu regieren. Er will vermutlich sagen „allein" zur regieren, aber er verschluckt das entscheidende Wort. Aus den Bedingungen Silverbergs ergibt sich mit letzter Deutlichkeit, daß selbst die fortgeschritteneren Unternehmer seiner Prägung die Lage vollkommen verkennen. Ihr Pronunziamiento verlangt von der Sozialdemokratie eine Regierungsbefähigung, die sich erst im praktischen Verzicht auf die Anwendung bestimmter politischer Kampfmittel und Grundanschauungen bewähren soll. Sie soll den Klassenkampf streichen aus der lebendigen Gegenwart, das verlangt Herr Silverberg, einer der erprobtesten industriellen Klassenkämpfer. Sie soll auf die „Straße" keine Rücksicht nehmen. Das ist, mit Verlaub, eine Redephrase, dehnbar wie Gummi, weil der politische Gegner zur Not jede Forderung der Sozialdemokratie auf solche Art infamieren kann.

Mit einem Wort: auch Herr Silverberg ist sich darüber gar nicht klar, daß eine wirtschaftliche und politische Gemeinschaftsarbeit nur lebensfähig werden kann, wenn jede Gruppe im vollen Besitz ihrer praktischen und agitatorischen Kraft bleibt und die volle Autorität vor den Massen ihrer Anhängerschaft behält. Eine Sozialdemokratie, die das tut, was Herr Silverberg fordert, hätte die Regierungsfähigkeit verloren, weil sie bei ihren Mitgliedern und Wählern jeder Fähigkeit zur Kraftentfaltung verlustig gegangen wäre. Es geht eben nur so: Macht gegen Macht nach den Wahrheiten der Demokratie mit einer Notbrücke zur politischen Verständigung. So verstanden, würde die Sozialdemokratie über eine neue Regierungsbildung auf dem Boden „wirtschaftlicher Verständigung" mit sich reden lassen, anders nicht.

Wie weit wir davon noch entfernt sind, zeigt bald nachher die Rede Fritz Thyssens. Silverberg sei „parteipolitisch" gewesen, er aber sei der Arbeiterschaft gegenüber neutral: Die Seele der Arbeiter sei weder eine sozialistische, noch eine klerikale, sondern eine deutsche Seele. „Alle Arbeiter stehen uns gleich nahe." Seltsam, was blanke Versammlungsrethorik Erfolge vor Männern erzielt, die sonst sehr nüchtern und realpolitisch denken. Thyssen, der Deutschnationale, im merkwürdigen „neutralen" Mantel, findet einen stärkeren Beifall als vorher Silverberg. Die Hörer vernehmen aus Thyssens Rede vor allem nur das Nein, auf das sie gewartet hatten.

Dann redet Duisberg, der Vorsitzende des Reichsverbandes. Ritterlich springt er Silverberg bei, ja, das ist keine geringe Ueberraschung für viele, er stimmt ihm zu. Unter weitreichender, verständnisinniger Heiterkeit sagt er, er habe eine gewisse Freude daran gehabt, zu beobachten, wie es wirkt, wenn man in den Teich der Oeffentlichkeit einen dicken Stein werfe und dann höre, wie die Frösche quaken. Duisberg sagt offen: es war ein taktischer Streich, der die Bildung einer tragfähigen Regierung erleichtern solle.

Damit entließ Duisberg die Katze aus dem Sack. Es war also auch Herrn Silverberg nicht ganz ernst gemeint; sein Programm war ein Versuchsballon! Er hat, das ist sein Verdienst, das Gelände aufgeklärt. Weder die Rechtsparteien, noch das Gros der sogenannten industriellen Führerschaft vermögen sich zu einer Verständigung mit der größten Arbeiterpartei zu bekennen und zu bekehren. Silverberg steht mit einigen Spitzen, die über den Wirtschaftsegoismus des Tages hinwegsehen können, ziemlich allein auf weiter Flur. Das hat diese Düsseldorfer Auseinandersetzung noch deutlicher als die Dresdener Tagung erwiesen. Erst wenn ein ganz harter Zwang durch einen neuen Spruch des Volkes vorliegen wird, kann sich diese Situation wesentlich verändern. Nur die wirtschaftliche und politische Macht der Sozialdemokratie imponiert der Unternehmerschaft, die gewöhnt ist, vor klaren Tatsachen der Geschichte die Maske zu wechseln.

Wiener Ehrung für Ebert.

Wien, 2. Oktober. (WTB.) Die (sozialdemokratische) Gemeinde Wien hat den Beschluß gefaßt, eine im Stadtbezirk Fünfhaus errichtete Wohnungsanlage für 200 Familien nach dem verstorbenen ersten Reichspräsidenten Eberthof zu benennen.

In Danzig versucht der Senatspräsident Sahm eine neue Regierung zu bilden. Die Deutschnationalen wollen keine parlamentarische, sondern eine Beamtenregierung. Da dieser Vorschlag aber undurchführbar ist, kommen die Verhandlungen nicht vorwärts.

Reichsfinanzminister Reinhold, der auf Ferien in Spanien ist, hatte in Madrid eine lange Unterredung mit dem Finanzminister.

Sozialdemokratische Wohnungspolitik.

In der stark besuchten Versammlung der Abteilungsmieterobleute der SPD., die am Freitag abend im Graphischen Vereinshaus stattfand, referierten die Genossen Ruben und Lange über den Kongreß der Mieteinigungsämter in Düsseldorf.

Der Auftakt zu diesem Kongreß sei eine große Kundgebung der gesamten Arbeiter- und Mieterschaft gewesen. Bei dieser Kundgebung hätten sich Gewerkschaften aller Richtungen zu einer Abwehrfront gegen die Uebergriffe der Hausbesitzer vereinigt. Der Kongreß selbst brachte ein starkes Ueberwiegen der Laienbeisitzer. Es entwickelten sich dort heftige Kämpfe gegen die sogenannten unparteiischen Beisitzer, welche auf dem Wege über die Länder unter dem Vorgeben, daß die „Vertragstreue" wieder hergestellt werden müsse, den Abbau des Mieterschutzes betreiben. Im Anschluß an den Kongreß fand eine Konferenz der Mieterbeisitzer (bei den Mieteinigungsämtern und Amtsgerichten) statt. Es soll der Versuch gemacht werden, ähnlich wie in Berlin im ganzen Reiche die parteigenössischen Mieterfunktionäre zusammenzufassen. Mit den vorläufigen Arbeiten ist der Berliner Bezirksmieterausschuß der SPD. betraut worden. In dem Bericht über den internationalen Wohnungsbaukongreß hob Genosse Ruben hervor, daß es den Hausbesitzern angesichts der Erfolge, die die Wiener Kommune mit ihrer Wohnungsbaupolitik erzielt hat, schwer wurde, irgendwelche Argumente zugunsten des privaten Wohnungsbaues vorzubringen. Die Frage, ob Hoch- oder Flachbau, offene oder geschlossene Wohnungsbauweise das richtige sei, sei nebensächlicher Natur. Das Grundlegende sei, daß die Wohnungspolitik und die Wohnbaupolitik Sache der öffentlichen Körperschaften sei, die der privaten Einflußsphäre vollkommen entzogen werden müsse. Auch die Schulen seien ja einmal in Privathänden gewesen. Heute werde jeder verlacht, der die Schulen wieder in die Privathände zurücklegen wolle. Die Wohnung sei kein Gegenstand für die Rentabilitätserzielung. Wenn in Wien mit der Wohnbaupolitik so große Erfolge erzielt worden seien, so sei das nicht zum wenigsten dem Umstand zu danken, daß die Wiener Gemeinde ihre Häuser zum großen Teil in Gegenden mit teurem Grund und Boden gebaut hat und durch niedrige Mieten erreicht hat, daß der Preis des Grund und Bodens gefallen sei. Da sich in Wien die private Häuserwirtschaft nicht mehr rentiere, habe die Gemeinde von privater Seite erhebliche Ankaufsangebote erhalten, und sie habe es erreicht, daß jetzt ein Viertel des Wiener Grund und Bodens in ihrer Hand sei.

In der Diskussion unterstrich Genosse Fechner vom Parteivorstand die Ausführungen der Referenten und hob hervor, daß sich auch die maßgebenden Parteiinstanzen in intensiver Weise mit der Wohnungsfrage beschäftigen. Genosse Tomschik aus Wien schilderte in eingehender Weise die Geschichte der Wiener Wohnbaupolitik und riet den deutschen Genossen zu größerer Aktivität in der Wohnungsfrage. Genosse Most empfahl die Unterstützung der Genossenschaften, die sich mit dem Wohnungsbau für kinderreiche Familien befassen und die sehr bedeutsame Erfolge erzielt hätten. Jedenfalls gab die Tagung jedem Teilnehmer bedeutsame Anregungen mit auf den Weg, und damit ist sie ein Erfolg für das Weitertreiben einer Wohnungsbaupolitik im sozialistischen Sinne.

Der Totschlag an der Prostituierten.

Ein Gegenstück zum Fall Gerth.

Vor dem Landgericht II begann heute die Verhandlung gegen den Hoteldiener Kurt Brandt, der angeklagt ist, am 12. Juni dieses Jahres die Prostituierte Helene Dupi erwürgt zu haben. Der Fall hat seinerzeit viel Aufsehen erregt. Der Angeklagte behauptet, sich der Einzelheiten der Tat nicht zu erinnern. Der Angeklagte ist ein uneheliches Kind und wurde bei den Geschwistern seiner Mutter erzogen. Aeußerst sinnlich von Natur begann er sehr früh einen regen Geschlechtsverkehr mit Prostituierten zu führen. Auch das Trinken gewöhnte er sich sehr früh an. Sein Leben gestaltete sich mehr als unstet. Die Siemenswerkstätten in Berlin verließ er am 17. Juni nach zehntägiger Arbeit wegen eines Streites mit seinem Meister. In der Nacht vom 11. auf den 12. Juni ereignete sich die Tat. Am Tage vor der Tat hatte er mehr als gewöhnlich getrunken. Darüber, was er vom Nachmittage an getan hat, kann er nur unklar Aufschluß geben. In einem Lokal kaufte er u. a. eine Reitpeitsche — wozu, das kann er nicht sagen. Jedenfalls fand er sie aber am nächsten Morgen, als er im Zimmer der in der Nacht erwürgten Dupi erwachte. Er begann nun, sich zu überlegen, wie er zu der Dupi gekommen sei. Am selben Abend stellte er sich der Polizei, nachdem er um 10 Uhr in Weißensee die Montagszeitung gekauft hatet und im Bericht über den Mord seinen Namen erwähnt fand. Er erinnerte sich nur soviel, daß er am Abend vorher auf dem Bayerischen Platz von einer Frau untergehakt wurde und daß er Zigaretten gekauft hat. Weiter weiß er nichts oder will er nichts wissen. Allerdings hat er im Polizeirevier bei seiner Vernehmung noch andere Einzelheiten genannt. Die Verhandlung dauert fort.

Die Verkehrsampeln verschwinden!

Der Zusammenbruch des gesamten Verkehrs in den wichtigsten Straßenzügen der City hat die maßgebenden Leiter der Verkehrsbehörden veranlaßt, heute bereits eine Neuregelung vorzunehmen, um zu verhindern, daß die Szenen, die sich während des ganzen Tages im Stadtinnern abspielten, eine Wiederholung finden. Man ist dazu übergegangen, an den Hauptkreuzungen wieder den Verkehr entsprechend den Bedürfnissen des Augenblicks durch Beamte regeln zu lassen, die die Verkehrsampeln entsprechend der Frequenz grün, gelb oder rot aufleuchten lassen. Zu dieser durchaus notwendigen Regelung der „Verkehrsneuregelung" hat man sich im Polizeipräsidium einmal entschlossen, nachdem Regierungsdirektor Mosle selbst die Wirkungen der automatischen Verkehrseinteilung in der City mehrere Stunden mitgemacht hatte, dann aber auch, weil die Leiter der Straßenbahn- und Omnibusgesellschaften übereinstimmend erklären, daß der augenblickliche Zustand unhaltbar sei. Sowohl von der Direktion der Straßenbahn als auch von der Omnibusgesellschaft wird bestätigt, daß das Publikum die Verkehrsmittel fluchtartig verlassen habe, daß der Fahrplan auf den Linien restlos zusammenbrach und daß man Verspätungen erlebte, wie sie in Berlin einfach noch nicht dagewesen seien. Die Anbringung der Verkehrsampeln in Berlin kann beim besten Willen nicht als eine glückliche, geschweige ideale Lösung bezeichnet werden. Die Kraftdroschkenbesitzer hatten das Polizeipräsidium schon vor Wochen darauf aufmerksam gemacht, daß die Ampeln viel zu hoch hängen, und daß der Chauffeur, der unter seinem festen Verdeck sitzt, die Lampen überhaupt nicht sehen kann. Der allgemeine Wunsch der Automobilisten geht dahin, daß man die Verkehrsampeln schleunigst wieder beseitigt. An ihre Stelle sollten überall die drehbaren Winker treten, die sich in Berlin bisher ganz ausgezeichnet bewährt haben. Diese Ansicht vertreten nicht nur die Fahrzeuglenker, sondern auch die Schupobeamten, die übereinstimmend erklären, daß der Verkehr mit diesen Signaleinrichtungen sich in geradezu mustergültiger Weise abgewickelt habe.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend bietet allen Verbrauchern die Möglichkeit, an den nächsten vier Sonntagen in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags ihre Betriebsanlagen in Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 16/30, zu besichtigen. Um einen zu starken Andrang zu verhindern, sind die Abgabestellen für diese Besichtigung auf vier Sonntage verteilt. Für Sonntag, den 3. Oktober, kommen folgende Abgabestellen vom östlichen Teil Berlins in Betracht: 29, 30, 31, 47, 84, 123, 133, 139, 140 und 152 (Bezirk Lichtenberg), vom nördlichen Teil Berlins die Abgabenstellen: 1, 5, 39, 51, 55, 116, 119, 125 und 182, außerdem die Abgabestellen in den Kommunalbezirken Treptow und Spandau sowie Eichwalde. Da an diesen Besichtigungen sich auch Nichtmitglieder beteiligen können, empfiehlt es sich, die Gelegenheit zu benutzen, einen der größten Nahrungsmittelbetriebe Deutschlands mit seinen technisch und hygienisch vollkommenen Einrichtungen kennen zu lernen.

Das Weckglas als Diebestresor.

Restlose Aufklärung des Juwelenraubes.

Der Juwelenräuber Spruch, der gestern von Breslau nach Berlin übergeführt worden ist, wurde nach seiner Ankunft in Berlin noch einmal im Zimmer des Kriminalkommissars Trettin einem eingehenden Verhör unterzogen. Seinem Charakter entsprechend, gefiel er sich in großen Worten und kam wieder auf seine überspannten Ideen zu sprechen. Gegen 1 Uhr nachts schien er sich endlich eines Besseren besonnen zu haben. Er mochte wohl einsehen, daß das Lügengewebe doch in Kürze zerrissen sein würde.

In Gegenwart des Chefs der Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Weiß, erklärte er sich bereit, die volle Wahrheit zu sagen und das Versteck der Juwelen bekanntzugeben. Da es sich um einen Ort außerhalb Berlins handelte, so wurden unverzüglich zwei Automobile bereitgestellt, in denen der Verbrecher, diesmal ungefesselt, zwischen den Beamten der zuständigen Dezernate Platz nahm. In rascher Fahrt ging es nach Anweisung des Spruch nach Friedrichshagen hinaus. Unterwegs erzählte der junge Mensch prahlerisch von den Erfolgen, die er als Patrouillengänger während des Krieges erzielt habe. Jetzt werde er den Beamten einmal „ein feines Stück Pfadfinderarbeit" vorführen. Am Ende der großen Mauer des Wasserwerkes in Friedrichshagen hielten die Wagen an. Spruch führte von hier aus im grellen Licht der Scheinwerfer die Beamten auf eine Gruppe hochgewachsener Föhren zu. An einem dieser Bäume trat im Licht der Scheinwerfer ein deutlich erkennbares Zeichen hervor. Es hatte die Gestalt eines Halbmondes. Drei Schritte von diesem gezeichneten Baum entfernt wies Spruch auf den Boden und gab an, daß man hier graben solle. In einer Tiefe von 80 Zentimetern stieß man auf einen harten Gegenstand, der vorsichtig herausgeholt wurde. Zur allgemeinen Ueberraschung war es ein Weckglas, wie es zum Einkochen von Früchten usw. verwendet wird. In dem Glase befand sich eine Schachtel aus Aluminium und in ihr, sauber in Watte verpackt, die wertvollsten Stücke der Juwelenbeute. So holte man eine Perlenkette im Werte von 24 000 Mark, einen großen Brillantring, verschiedene Ohrringe u. a. m. heraus. Auch jetzt stand Spruch teilnahmslos daneben. Die Auffindung seines Beutevertsteckes und seine Leerung schienen keine besondere Erregung in ihm auszulösen. Willig ließ er sich zu den wartenden Autos zurückführen. Nach Berlin zurückgekehrt, wurde er nur kurz befragt und dann ins Polizeigefängnis eingeliefert.

Als seinen Mittäter bezeichnet er auch jetzt wieder seinen Freund Paul Gerlach. Außerdem ist man zu der Ueberzeugung gelangt, daß die beiden Schwestern zum mindesten von dem Ueberfall gewußt oder bei dem Vergraben der Beute geholfen haben. Sie wurden deshalb erneut festgenommen und ebenfalls in Polizeigewahrsam eingeliefert.

Republikanischer Tag in Blankenfelde (Teltow). Am Sonnabend, den 2., und Sonntag, den 3. Oktober, findet in Blankenfelde, Kreis Teltow, ein Republikanischer Tag des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Freunde und Genossen werden gebeten, diesen Sonntag zu einem Ausflug nach Blankenfelde zu benutzen.

Der Kreisverein Neukölln-Britz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet in den Sonntagvormittagsstunden in der Groß-Siedlung Britz einen Werbeumzug. Die in der Siedlung wohnenden Parteigenossen und Republikaner werden gebeten, ihre Wohnungen zu beflaggen und so die Veranstaltung zu unterstützen.

Explosionsunglück bei der Reichswehr.

Gestern abend gegen 5 Uhr erfolgte auf den Schießständen bei Barnstorff bei Rostock eine Explosion von Munition, wobei zwei Mann schwer und einer leicht verletzt wurde. Die näheren Umstände sind bisher noch nicht bekannt. Die Untersuchungskommission ist zurzeit auf den Schießständen, um die Einzelheiten aufzuklären.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, und **„Der Kinderfreund"** liegen der heutigen Postauflage bei.

Sport.

Großkampftag im Sportpalast. Im Sportpalast, der gestern seine Pforten zum Saisonbeginn öffnete, fand vor leider nur schwach besetztem Hause ein Großboxkampftag statt, der sportlich beachtenswerte Kämpfe brachte. Das Hauptinteresse richtete sich auf die Begegnung des Exeuropameisters Van t'Hof mit dem deutschen Schwergewichtsmeister Max Schmeling. In der achten Runde wurde Van t'Hof wegen Nierenschlages, nachdem er zuvor zwei Verwarnungen wegen gleicher unerlaubter Hiebe erhalten hatte, disqualifiziert. Schmeling, der bessere von beiden Boxern, lag ohnehin nach Punkten vorn. Der Kampfabbruch zugunsten Schmelings löste starken Beifall, aber auch Protestrufe bei einem Teil der Zuschauer aus. Erich Brandel-Berlin wurde von Egene Alonzo (Belgien) bereits in der ersten Runde überraschend ko. geschlagen. Teddy Sandwina-Berlin lieferte Max Diekmann-Berlin über vier Runden einen hervorragenden Kampf, der unentschieden endete. Schließlich traten um die Endausscheidung im Mittelgewicht der Exmeister Adolf Wiegert und Walter Funke in den Ring. Wiegert, äußerst hart im Schlag, aber sehr lange Zeit ohne Kämpfe, mußte sich von dem flinken Walter Funke auspunkten lassen. Funke wird nunmehr mit Domgörgen um die Mittelgewichtsmeisterschaft boxen, wo er wahrscheinlich wenig zu bestellen haben wird.

Theater der Woche.

Vom 3. Oktober bis 11. Oktober 1926.

Volksbühne: Lysistrata. — **Oper am Platz der Republik:** 3. Die Walküre. 4. Die lustigen Weiber von Windsor. 5. Cavalleria Rusticana. Bajazzi. 6. Zar und Zimmermann. 7. Maria Ilica. 8. Maskenball. 9. Erstaufführung: Die Liebe zu den drei Orangen. 10. Carmen. 11. Oberon. — **Staatliches Schauspielhaus:** 3. Die beste Polizei. (Kein Kartenverkauf.) 4. Kritik-Dritte. 5. Amphitrion. 6., 9., 10. Napoleon. 7. Die Räuber. 8., 11. Herodes und Mariamne. (11. Kein Kartenverkauf.) — **Schiller-Theater:** 3., 8. Minna von Barnhelm. 4., 9. Peer Gynt. 5., 6., 7., 10., 11. Die Welt, in der man sich langweilt. — **Deutsches Theater:** Peripherie. — **Kammerspiele:** Bis 7. Androklus und der Löwe. Ab 8. Der fliegende Hut. — **Die Komödie:** Die Gefangene. — **Lessing-Theater:** 4. Geschlossen. Ab 5. Mensch und Uebermensch. **Theater in der Königgrätzer Straße:** Mrs. Cheneys Ende. — **Städtische Oper, Charlottenburg:** 3. Margarethe. 4., 10. Zaidamka. 5. Die Bohème. 6. Carmen. 7. Die Zauberflöte. 8. Tosca. 9. Don Pasquale. 11. Fidelio. — **Großes Schauspielhaus:** Von Mund zu Mund. — **Theater des Westens:** Der Zug nach dem Westen. — **Die Tribüne:** Bis 4. Unterwegs. Ab 5. Die Wildente. — **Deutsches Künstler-Theater:** Das große Abenteuer. — **Komödienhaus:** Einbruch. — **Berliner Theater:** Miß Amerika. — **Neues Theater am Zoo:** Ich hab dich lieb! — **Trianon-Theater:** Dienstmädchen. — **Residenz-Theater:** Absteigequartier. — **Zentral-Theater:** Ich hab mein Herz in Heidelberg . . . — **Theater in der Kommandantenstraße:** Bis 7. Tartuffe. Ab 8. Egmont. — **Rellen-Theater:** Die tanzenden Fräuleins. — **Komische Oper:** Adrienne. — **Lustspielhaus:** Bis 8. Kukuli. Ab 9. Herzogin von Elba. — **Metropol-Theater:** Wieder Metropol. — **Theater am Schiffbauerdamm:** Das Grabmal des unbekannten Soldaten. — **Thalia-Theater:** Der Biberpelz. — **Theater am Nollendorfplatz:** Dybuk. — **Theater am Kurfürstendamm:** Es geht schon besser. — **Kleines Theater:** Menschenfreunde. 10½ Uhr Nachtspiele Bella Sizia. — **Wallner-Theater:** Hasemanns Töchter. — **Theater in der Klosterstraße:** Ghetto. — **Rose-Theater:** Eheliche Arbeit. — **Rafina-Theater:** Gräfin Tippmamsel. — **Theater in der Lützowstraße:** Spreewaldmädel. — **Theater im Admiralspalast:** Haller-Revue: An und aus. — **Wintergarten und Scala:** Internationales Varieté.

Nachmittagsvorstellungen. Volksbühne: 3., 10. Faust. — **Staatliches Schauspielhaus:** 3., 10. Doppelselbstmord. — **Großes Schauspielhaus:** 10. Von Mund zu Mund. — **Theater des Westens:** 3., 10. Der Zug nach dem Westen. — **Neues Theater am Zoo:** 7., 9. Der Hüttenbesitzer. 10., 11½ Uhr: Die Nabel. — **Zentral-Theater:** 9. Der lustige Fridolin. — **Theater in der Kommandantenstraße:** 10. Die ägyptischen Verwandten. — **Theater am Schiffbauerdamm:** 3., 10. Das Grabmal des unbekannten Soldaten. — **Thalia-Theater:** 10. Lottchens Geburtstag und Erster Klasse. — **Kleines Theater:** 3. Schwerwittchen. — **Rose-Theater:** 9., 10. Eichendrödel. — **Theater im Admiralspalast:** 3., 10. Haller-Revue: An und aus.

Der Hamburger Hafenarbeiterstreik.

Hamburg, 2. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Hamburger Hafen ruhte die Arbeit am Freitag fast vollständig, nachdem die Hafenarbeiter in ihrer Versammlung ohne Mitwirkung der Gewerkschaften den Streik beschlossen hatten. Der Hafenbetriebsverein veröffentlicht am Sonnabend morgen in den Zeitungen große Inserate, in denen darauf hingewiesen wird, daß nach der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs durch den Reichsarbeitsminister die Hafenarbeit durch Arbeitsverweigerung nicht gestört werden dürfe. Die durch den Schiedsspruch verbesserten Löhne würden ausgezahlt und Arbeiter nach diesen Bedingungen in den Vermittlungsstellen zur Arbeit angenommen. Die beteiligten Organisationen, „Deutscher Verkehrsbund" und „Zentralverband der Maschinisten und Heizer" werden in den Abendblättern ihrerseits bekanntgeben, daß durch die Verbindlichkeitserklärung die Lohnbewegung für die Organisationen und damit auch für die Mitglieder beider Organisationen beendet ist. Unterstützung irgendwelcher Art könne nicht gezahlt werden, auch nicht in umschriebener Form. Die Gerüchte, daß die Organisationen, wenn sie den Streik auch nicht anerkennen, in irgendeiner Form den Hafenarbeitern finanzielle Unterstützung gewähren, werden als erfunden bezeichnet.

Am Sonnabend vormittag ruht die Arbeit im Hamburger Hafen zum größten Teil. Nur in einem Teil der Betriebe, die feste Arbeiter haben, wird weiter gearbeitet. Ob der Streik an Ausdehnung gewinnen wird, steht noch nicht fest.

*

Die Organisationen sind bemüht, den Konflikt in einer für die Hafenarbeiter günstigen Weise beizulegen.

Die Eisenbahnstrecke Offenburg—Basel.

Eine Berichtigung der Reichsbahndirektion.

Wir erhalten von der Reichsbahndirektion Karlsruhe folgende Zuschrift:

Der in einigen Zeitungen über die „Generalversammlung der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer in Dortmund" erschienene Bericht enthält eine unrichtige Wiedergabe der vom Vorsitzenden Warstein-Berlin hinsichtlich des Zustandes der Strecke Offenburg—Basel gemachten Ausführungen. Der Bezirksverein Baden der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, der mehrere Vertreter zu der Tagung nach Dortmund abgeordnet hatte, bringt im „Offenburger Tagblatt" vom 24. September selbst folgende Berichtigung zu diesem Punkt:

„Warstein sagte, daß der Oberbau nicht überall in Ordnung ist und er nannte in diesem Zusammenhang auch die Strecke Offenburg—Basel, betonte aber, daß seine Mitteilungen aus einer früheren Zeit stammen. Das war das einzige, was er über die Strecke Offenburg—Basel sagte. Der nächste Satz, daß mit bloßem Finger Schrauben aus Holzschwellen an einer Strecke herausgezogen wurden, bezieht sich nicht auf die Strecke Offenburg—Basel, sondern auf eine andere Strecke, die er aber wahrscheinlich nicht genannt hat. Das badische Schienengleis hat keine Holzschwellen, sondern Eisenschwellen."

Die Strecke Offenburg—Basel ist, wie auch eine erneute Untersuchung durch einen von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft für die Nachprüfung des Oberbaus im ganzen Reich bestellten Ausschuß dargetan hat, vollkommen betriebssicher. Mängel in der Gleisunterhaltung, die die Betriebssicherheit beeinträchtigen, bestehen auf den im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe gelegenen Strecken nicht. Es ist bedauerlich, daß durch solche irreführende Versammlungsberichte das reisende Publikum unnötig beunruhigt wird.

*

Nicht die Versammlungsberichte, sondern die Eisenbahnunfälle — u. a. der auf der Strecke Offenburg—Basel — beunruhigen das Publikum.

Die arme Gasbetriebsgesellschaft.

Die Gasbetriebsgesellschaft hat sich bisher stets allen Forderungen der Arbeiterschaft auf Durchführung der 48stündigen wöchentlichen Arbeitszeit, auf Verbesserung der sozialen Bestimmungen des Manteltarifvertrages und endlich auf Erhöhung der minimalen Löhne für die Arbeiter mit allen Kräften widersetzt. Selbst gegen ganz geringfügige Verbesserungen, die bei den städtischen Werken in freier Vereinbarung durchgeführt werden konnten, hat die Direktion der Gasbetriebsgesellschaft hartnäckigen Widerstand geleistet. So mußte bei der letzten Lohnerhöhung um 2 Pfennig pro Stunde, die in allen städtischen Werken zugestanden wurde, bei der Gasbetriebsgesellschaft der Schlichtungsausschuß und obendrein der Schlichter eingreifen. Die Direktion klagt stets, die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft seien derart ungünstig, daß die Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie für soziale Leistungen aufs äußerste zu beschränken seien.

Die Gesellschaft kann bei anderen Gelegenheiten auch anders. So zum Beispiel bei der Festsetzung der Gehälter für Direktoren und leitende Angestellte, bei der Festsetzung der Tantiemen für die Aufsichtsratsmitglieder usw.

Die letzte Lohnerhöhung belastet die Gesellschaft mit etwa 100 000 Mark im Jahr. Die Behauptung, daß die Gesellschaft diese Erhöhung „nicht tragen" könne, illustriert am besten die Tatsache, daß zu dem gleichen Zeitpunkt eine groß aufgezogene Feier für das hundertjährige Jubiläum der Gasbeleuchtung in Berlin veranstaltet wurde. Die Gäste der Gasbetriebsgesellschaft waren im Hotel Kaiserhof untergebracht. Am Sonntag, den 19. September, fand in diesem Hotel ein großes Festessen statt, am Montag die Besichtigung des Gaswerks Schöneberg, ein Frühstück in der Gitschiner Straße und eine Fahrt nach Potsdam. Am Dienstag war eine Flugzeugfahrt nach Dessau mit Frühstück und Autopartie nach Schloß und Park Wörlitz und Wittenberg vorgesehen. Die finanziellen Verhältnisse gestatteten offenbar, die Kosten für diese Feier aufzubringen, was für eine Lohnerhöhung angeblich unmöglich war.

In die Betriebe dieser noblen Gesellschaft versucht man bei Neueinstellungen in letzter Zeit ausschließlich Mitglieder der „nationalen" und völkischen Verbände hineinzubringen. Während von der alten Arbeiterschaft ein überaus großes tägliches Arbeitspensum verlangt wird, haben die Leute der nationalen Verbände das Recht, mit den Händen in der Hosentasche umherzuspazieren. Man nimmt wahrscheinlich an, daß diese Leute sich durch Angeberei gegen ihre Arbeitskollegen bezahlt machen. Bei der Einstellung und der Unterstützung dieser „Nationalen" tut sich besonders ein Angestellter der Kocherabteilung hervor. Dafür genießt er auch das besondere Wohlwollen der leitenden Herren des Außenbetriebes. Es ist notwendig, daß die Arbeiterschaft Berlins und die gesamte Bevölkerung auf diese Wirtschaft aufmerksam gemacht werden. Wird die Arbeiterschaft der Gasbetriebsgesellschaft noch länger zu einem Konflikt mit der Direktion provoziert, dann darf die Gesellschaft sich nicht wundern, wenn er eines guten Tagen zu offenem Ausbruch kommt. Die übliche Methode, den Arbeitern die Schuld zuzuschieben, wird dann von vornherein versagen.

Versammlung der erwerbslosen Angestellten.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten hatte zum 27. September ihre erwerbslosen Mitglieder zu einer Versammlung zusammenberufen, die außerordentlich gut besucht war und den Beweis für den engen Zusammenhalt zwischen den erwerbslosen Gewerkschaftsmitgliedern innerhalb ihrer Organisation erbrachte.

Genosse Dr. Bruno Broecker sprach über den Kampf der Gewerkschaften gegen das Erwerbslosenelend. Er behandelte in seinem Referat die Entstehung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, ihren Umfang und ihre Ursachen. An Hand von Zahlen wies er nach, daß trotz aller Erfolge der Gewerkschaften noch außerordentlich viel für die Erwerbslosen zu tun übrig bleibt. Besonders ausführlich wurden alle die Fragen behandelt, die dazu angetan sind, den Erwerbslosen wieder Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Kritisch behandelt wurden die durchaus unangebrachten Methoden der Unternehmer. Das Referat wurde beifällig aufgenommen.

In einer regen Diskussion wurde in einwandfreier sachlicher Form von den erwerbslosen Kollegen das vorgetragen, was den Kollegen in dem täglichen Kampf um die Arbeitsbeschaffung begegnet. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten, Genosse Gottfurcht, konnte in seinem zusammenfassenden Schlußwort feststellen, daß aus dem Verhalten zu erkennen ist, in wie starkem Maße das Vertrauen der erwerbslosen Kollegen zu ihrer Organisation besteht. Es sei hervorzuheben, daß von den erwerbslosen Kollegen die unermüdliche Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen gegen das Erwerbslosenelend anerkannt wird. Mit der Aufforderung, den Zusammenhalt mit der Organisation auch in Zukunft nicht zu verlieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Veranstaltung war ein neuer Beweis dafür, daß die denkenden Angestellten es ablehnen, Erwerbslosenausschüsse und ähnliche Dinge als das Heilmittel zu betrachten. Die Kollegen wissen, daß nur der gewerkschaftliche Zusammenhalt ihnen helfen kann.

Zum englischen Bergarbeiterkampf.

Teilergebnis der Abstimmung.

London, 2. Oktober. (EP.) Der Vollzugsausschuß der Grubengewerkschaften von Derbyshire und Nottinghamshire hat beschlossen, den Mitgliedern die Annahme der letzten Regierungsvorschläge für die Beilegung des Grubenkonflikts zu empfehlen.

Macdonald über den Bergarbeiterstreik.

London, 2. Oktober. (WTB.) Macdonald wandte sich gestern abend in einer Rede bei einer Kundgebung der Arbeiterpartei für die Bergarbeiter gegen die „Ungerechtigkeit der letzten Regierungsvorschläge" und fuhr fort: „Wir stehen erst am Beginn des Kampfes. Der Kampf ist nicht beendet, wenn eine Vereinbarung erzielt wird." Macdonald sagte, eine Regierung, die sich benommen habe wie die Regierung Baldwin, müsse die Achtung und das Vertrauen jedermanns verwirkt haben. Wenn Bezirksvereinbarungen angenommen werden sollten, so bedeute dies eine Uebergabe der Bergarbeiter.

Gewerkschaften und Politik.

London, 2. Oktober. (EP.) Macdonald hielt auf einer Versammlung, die zugunsten der Bergarbeiter in London abgehalten wurde, eine Rede, die insofern bedeutungsvoll für das innere Leben der Arbeiterbewegung in England ist, als Macdonald sich auf den Standpunkt stellte, daß die industrielle Frage ohne politische Anstrengungen nicht gelöst werden könnte. Diese könnten nur durch die parlamentarische Arbeiterpartei erreicht werden. Auf dem letzten Kongreß haben die Gewerkschaften sich auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt und jede Einmischung der parlamentarischen Arbeiterpartei in die Angelegenheiten der Gewerkschaften zurückgewiesen.

Von 140 Hochöfen noch sechs in Betrieb.

London, 2. Oktober. (EP.) Es verlautet, daß die Zahl der in Betrieb stehenden Hochöfen gegenwärtig nur noch 6 beträgt, gegenüber 140 vor dem Streik der Kohlenarbeiter. Die monatliche Gußproduktion ist von 500 000 Tonnen auf 13 000 Tonnen zurückgegangen. Die Kohlenproduktion von 5 Millionen Tonnen pro Woche ist auf 500 000 Tonnen pro Woche zurückgegangen.

Der 5. Bundestag des Deutschen Beamtenbundes findet vom 7. bis 9. Oktober in den „Kammersälen" in Berlin statt. Die Tagung dürfte wegen des zur Erörterung stehenden Einigungsproblems von besonderem Interesse sein. Am 2. Verhandlungstage werden sprechen: 1. Präsident des Oberverwaltungsgerichts Dr. Drews über „Berufsbeamtentum und Staat"; 2. Dr. August Müller über „Berufsbeamtentum und Wirtschaft".

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

2 Oktober **Neu-Eröffnung** 2. Oktober

meiner großen neuzeitlich modern eingerichteten

Geschäfts-Räume

Damenhüte • Trauerhüte • Kinderhüte

Herrenhüte • Krawatten

Neu aufgenommen! **Pelzwaren** :: **Damenstrümpfe** Neu aufgenommen!

Titus König **Neukölln, Bergstr. 9-10**

Filialen:
Kaiser-Friedrich-Str. 224-225
Hermannstraße 171.
Nur Herren-Artikel.